

Stellungnahme der CSU-Stadtratsfraktion zum Haushaltsentwurf 2021

Unser Haushaltsentwurf für 2021 umfasst exakt eintausend Seiten. Wenn auf jeder Seite 100 Zahlen stehen - was in etwa zutreffen dürfte - sind das hunderttausend Zahlen. Das ist schon ein Werk, das es in sich hat. Und alles ist irgendwie wichtig.

So die knapp 9 Millionen Euro für die allgemeine Verwaltung (Einzelplan 0) mit dem neuen Schwerpunkt Digitalisierung. Knapp 12 Mio planen wir für die Sicherheit (EP 1) unserer Bürger – Schwerpunkt Brandschutz, Feuerwehr, gut 10 Millionen Euro für die Schulen (EP 2) – wohlgerne für die laufenden Kosten – nicht für Sanierungen. Knapp 13 Millionen Euro für die Kultur (EP 3). Kosten für unser Theater, Konzerte, unsere Museen. Wir bauen sogar ein neues - das Stadtmuseum.

Spitzenreiter ist mit gut 40 Millionen Euro der Sozialbereich (EP 4). Der soziale Frieden ist vielleicht das Wichtigste in einer Kommune - dazu gehören auch die Kindergärten, die Kinderkrippen, die Familienzentren und vieles mehr.

Dann haben wir mit 17 Millionen Euro die Gesundheit und den Sport (EP 5). Hier alleine 9 Millionen Euro Defizitausgleich im Klinikum. Knapp 16 Millionen Euro für die Stadtplanung (EP 6) Hochbau, Verkehr, Straßenbeleuchtung.

Vergleichsweise günstig ist mit 2,3 Millionen Euro der Einzelplan 7 mit dem Schwerpunkt Bestattungswesen, das nicht kostendeckend ist, weil es hier auch um Grünanlagen und Landschaftsgestaltung geht. Der Einzelplan 8 könnte uns Einnahmen bringen, weil die Stadtwerke immer noch Geld abliefern, obwohl sie nebenbei noch unsere Bäder incl. der Eisbahnhalle finanzieren und neben unserem Umweltamt erhebliche Leistungen für den Klimaschutz erbringen, der uns wichtig ist. Das vereinnahmte Geld wird aber in diesem Plan durch die Kongressbetriebe und die Forstwirtschaft wieder weitgehend aufgebraucht.

Wie schwierig es ist, die laufenden Kosten im Griff zu behalten zeigt das aktuelle Problem der Mitarbeiterzahlen. Fast ein Drittel unserer laufenden Ausgaben sind Personalkosten, Dauerkosten, die man in schlechten Zeiten nicht mal schnell reduzieren kann.

Aber die Aufgaben müssen erfüllt werden. Die Arbeit darf unsere Mitarbeiter nicht überlasten und krank machen. Wir haben Pflichten und wenn wir von außen jemanden draufschauen lassen sehen wir die Mängel – so beispielsweise aufgezeigt vom Institut für Sozialplanung und Organisation, dass wir für die Vorstellung im Februar 2017 beauftragt hatten, die Stellenbesetzung im Jugendamt zu überprüfen. Oder das Fraunhofer Institut, das uns im Dezember 2018 Empfehlungen zu unserer Digitalisierungs-Strategie gegeben hat.

Die Verwaltung hat sich ihren Vorschlag nicht leicht gemacht, wie man daran sieht, dass an manchen Stellen um 0,25, 0,3, 0,4 oder 0,75 Mitarbeiter aufgestockt werden soll. Da wurde mit den Wünschen nicht aus dem Vollen geschöpft. Die CSU-Fraktion geht diesen Weg mit, aber mit der Maßgabe, wie vorhin schon angesprochen. Zunächst die Stellen mit gesetzlicher Verpflichtung und solche, für die bereits Gutachten vorliegen oder Maßnahmen beschlossen sind, wie bei den Mini-Kitas. Begleitend muss von kompetenter Seite untersucht werden, wo auch Einsparungen möglich sind.

Zum Glück gibt es nach all den Kosten ganz am Ende des Verwaltungshaushaltes noch den Einzelplan 9, bei dem endlich Geld hereinkommt. Immerhin 131 Mio nach Abzug der Umlagen.

Das ist immer noch ein sehr hoher Wert und die CSU-Fraktion lehnt nicht nur deswegen eine Steuererhöhung mit Nachdruck ab. Sie ist unnötig und wäre in der Coronakrise ein völlig falsches Signal für unsere Betriebe.

Generell kann man unsere finanzielle Lage am Anfang des Haushaltsjahres 2021 noch als entspannt bezeichnen. Die Coronapandemie hat uns im Haushaltsjahr 2020 nicht hart getroffen, weil Bund und Land einen möglichen Gewerbesteuerrückgang mit 9 Millionen Euro deutlich überkompensiert hat. Das haben wir 2021 nicht - aber hier bleiben die Haupteinnahmequellen stabil.

Nach den üppigen Jahren 2017 bis 2019 sind wir mit höchster Liquidität in das erste Coronajahr 2020 eingetreten. Die Schulden von langjährig rund 70 Millionen Euro auf 53 Millionen gesenkt. Die Rücklagen auf knapp 40 Millionen erhöht (26,2 allgemein und 13,5 für Schulen) und darüber hinaus über 30 Millionen Euro Haushaltsausgabereste. Das sind addiert fast 90 Millionen Liquiditätsreserve.

Wie schnell die aber auch wieder verschwinden kann, zeigt ein Blick auf die vor uns stehenden Aufgaben im Vermögenshaushalt.

Die CSU hat vor vielen Jahren die Schulinvestitionen angestoßen und wir haben der letzten Steuererhöhung, das war 2015, nur zugestimmt, um die Investitionskraft für diesen Zweck zu erhöhen.

Die Berufsschule 2 haben wir bewältigt, Schönbergschule ist im Fluss, das Kronberg-Gymnasium ebenso. Die Brentanoschule wird folgen müssen, neben anderen Aufgaben im Bereich der Kinderbetreuung. Ich denke hier auch an den Kindergarten in Gailbach.

Auch der Berufsschule 1 will die CSU eine Perspektive geben. Die gewerblichen Berufe dürfen nicht vernachlässigt werden.

Es ist gut, dass wir in den letzten Jahren die großen Straßenbauprojekte abgeschlossen haben, die gleich mehrere hundert Millionen verschlungen haben. Die Entlastung der Bürger vom Verkehr war aber ein großes Anliegen der CSU. Erst jetzt können wir andere Projekte der Mobilität umsetzen. Verkehrsraum für alle und Steigerung der Aufenthaltsqualität.

Trotz solch gewaltiger Projekte, die abgeschlossen sind, wird uns in den nächsten Jahren der Überschuss aus dem Verwaltungshaushalt voraussichtlich nicht ausreichen. Schon 2020 und 2021 werden wir aus den Rücklagen nicht viel weniger als 20 Millionen Euro entnehmen müssen.

Zudem sind auch ganze Stadtgebiete neu zu entwickeln. Nach Rosensee und Anwandeweg nach dem Willen der CSU auch das Impress-Gelände. Die große Chance für Damm. Das kann man aber auch kostenneutral gestalten.

Mit der Entwicklung von Gebieten hängt auch unser Anliegen „Schaffung von Wohnraum“ zusammen. Hier haben wir zum Glück unsere große und starke Tochter – die Stadtbau GmbH. Mehr als 200 Millionen Euro werden in den nächsten 5 Jahren investiert, um günstigen Wohnraum für unsere Bürger zu schaffen. Wenn Sie im städtischen Haushalt in der mittelfristigen Finanzplanung alle Ausgaben addieren, erreichen Sie diese Summe nicht.

Eigentlich müsste in der Finanzplanung noch mehr stehen, aber das ginge nur mit einer sehr deutlichen Schuldenerhöhung. Ich erinnere an das Gutachten der GSA im September 2019. Da wurde ausgeführt, dass wir in den nächsten Jahren 52 Mio für den Straßenunterhalt ausgeben müssten und davon 31,7 als Sofortmaßnahme im Haushaltsjahr 2020. Utopische Zahlen, die man nicht umsetzen kann.

Dem kommt dann auch entgegen, dass unsere Art der Buchführung, die Kameralistik, auf diesem Auge blind ist. Das ist günstig, wenn man die Realität nicht sehen will. Die Kameralistik zeigt nicht, was wir an Anlagen haben, deren Lebensdauer und was wir logischerweise jährlich für den Erhalt ausgeben müssten. Die Kameralistik kennt keine Bestände – auch keine Schulden oder Rücklagen. Sie kennt nur Einnahmen und Ausgaben und zeigt nicht das ganze Bild.

Mit unserer Kameralistik gehören wir übrigens in Deutschland zu den Exoten - bundesweit ist längst die doppelte Buchführung Pflicht. Ausnahmen sind die Bundesländer Thüringen und Bayern – da darf man noch wählen.

Wir haben in der mittelfristigen Finanzplanung Verzögerungen gegenüber der Vorjahresplanung. Das ist auch angezeigt, weil es keinen Sinn macht, Maßnahmen zu beschließen, die aus Kapazitätsgründen nicht durchführbar sind.

Die sogenannten Haushaltsausgabereste steigen seit Jahren an – im letzten abgeschlossenen Haushaltsjahr 2019 auf mehr als 30 Millionen Euro. Für 2020 werden wir wohl eher 40 Millionen erreichen. Geld das gar nicht mehr im Haushalt steht - das in den Vorjahren beschlossen wurde und nicht ausgegeben werden konnte. Auch die Schulen waren im letzten Jahr mit knapp 7 Millionen dabei.

Solche Reserven gibt es in schlechten Jahren nicht, wie die Graphik zeigt. Es ist ein Zeichen überbordender Liquidität. Das ist nicht ein kleiner Rest am Ende des Jahres. Das sind Volumina, die größer sind, als der Abgleich des Vermögenshaushaltes eines ganzen Jahres. Mein Fazit ist, dass wir nur soviel beschließen sollten, wie wir auch ausgeben können.

Es ist eine gefährliche Entwicklung, dass die Mehrung bei den Einnahmen praktisch restlos für die laufenden Ausgaben im Verwaltungshaushalt verwendet wird. Die Investitionen verharren dagegen seit gut 20 Jahren auf dem gleichen Niveau. Wenn die Einnahmen zurückgehen, wie in den Krisenjahren 2001-2004 und 2007-2010, in denen jeweils ein Ausfall von rund 44 Millionen Euro zu verzeichnen war, kann dies nur zu Lasten der Investitionen gehen. Wir werden dann nicht schnell mal Ämter schließen oder Mitarbeiter entlassen können. Genau deswegen müssen wir bei der Zunahme von laufenden Verpflichtungen vorsichtig sein.

Damit bin ich am Ende und bedanke mich für die Aufmerksamkeit. Die CSU-Fraktion stimmt gerne dem vorliegenden Haushalt zu, der unsere Arbeit und unsere Ziele widerspiegelt.

Aschaffenburg, 22. Februar 2021
Peter Schweickard